



Aktionsbündnis "Kein Klimakiller Ensdorf"

getragen von: BUND Saar, Energiewende Saarland,
Greenpeace Gruppe Saar, NABU Saar

PRESS-INFO

Presseerklärung

Saarbrücken, 04.09.2007

Umweltverbände gründen Aktionsbündnis Ja zum Klimaschutz - Nein zum Klimakiller Ensdorf

Die Umweltverbände BUND Saar, Greenpeace-Gruppe Saar, Energiewende Saarland und der NABU Saar haben sich zu dem Aktionsbündnis „Kein Klimakiller Ensdorf“ zusammengeschlossen. Ziel ist die Verhinderung des in Ensdorf geplanten Baus eines Großkraftwerkes auf Basis importierter Steinkohle mit einer Leistung von 1.600 MW durch die RWE Power. Das Aktionsbündnis sieht in dem geplanten Klimakillerkraftwerk die größte umweltpolitische Herausforderung seit dem Kampf gegen das Atomkraftwerk Cattenom im benachbarten Lothringen in den Neunziger Jahren.

„Das Aktionsbündnis möchte die in der Nachbarschaft des geplanten Kraftwerks tätige, sehr aktive Bürgerinitiative unterstützen und Informationen und den Widerstand gegen das Kraftwerk ins Land tragen“, so die BUND-Landesvorsitzenden Joachim Götz und Christoph Hassel, der Energiewendesprecher Christian Bersin, die Pressesprecherin von der Greenpeace-Gruppe Saar Kirsten Bettscheider und NABU-Landesvorsitzender Uli Heintz übereinstimmend.

Enttäuscht sind die Verbände von der Haltung der Landesregierung, insbesondere von Ministerpräsident Müller und Umweltminister Mörsdorf, die die betriebswirtschaftlichen Interessen von RWE über die Allgemeinwohlintereessen der saarländischen Bevölkerung zu stellen scheinen und bereits ihre Zustimmung öffentlich signalisiert haben.

Das Aktionsbündnis will die saarländische Bevölkerung zunächst an sechs Aktionstagen vom 6.9. bis 6.10.2007 in allen Kreisstädten über das geplante Großkraftwerk informieren. Dazu haben die Umweltschutzorganisationen eine Bürgerinformation, den „Klima Express Saarland“ mit einer Auflage von 21.000 Stück zusammengestellt, der die wichtigsten Informationen zu dem Kraftwerksprojekt zusammenfasst. Darüber hinaus bietet das Aktionsbündnis interessierten Bürgern Möglichkeiten an, mit einer Protestpostkarte an Ministerpräsident Peter Müller, dem Ausmalen des Großtransparents, einer Fotobotschaft an die politisch Verantwortlichen und einer Teilnahme an einer Unterschriftenaktion selbst gegen das geplante Kraftwerk aktiv zu werden. Das Aktionsbündnis ruft die Bürger außerdem dazu auf, auch ihre Macht als Konsumenten durch einen Stromanbieterwechsel aktiv einzusetzen. Die Bürger können ihre persönliche Energiewende durch den Wechsel zu einem Ökostromanbieter wie EWS, Greenpeace-Energy, Lichtblick oder Naturstrom vollziehen.

Der erste Aktionstag findet am 6.9. ab 14 Uhr in der Saarlouiser Innenstadt statt. Am 8.9. geht es in Merzig weiter, am 15.9. folgt Saarbrücken, am 22.9. Neunkirchen, am 29.9. Homburg und am 6.10. als letzte Kreisstadt St.Wendel. Danach will das Aktionsbündnis zum Abschluss der Saarlandtour eine Protestkundgebung vor der Staatskanzlei in Saarbrücken durchführen, bei der dem Ministerpräsidenten der vereinte Protest der saarländischen Bevölkerung präsentiert werden soll.

Aktionsbündnis
„Kein Klimakiller Ensdorf“
c/o BUND Saar e.V.
Haus der Umwelt
Evangelisch-Kirch-str. 8
66111 Saarbrücken

Tel.: 0681 813700
Fax: 0681 813720
eMail: info@bund-saar.de

www.aktionsbündnis-kke.de



GREENPEACE



...



Aktionsbündnis "Kein Klimakiller Ensdorf"

getragen von: BUND Saar, Energiewende Saarland,
Greenpeace Gruppe Saar, NABU Saar

„Wir sind gegen das Großkraftwerk Ensdorf, weil es mit einem Ausstoß von mehr als 8 Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO₂) mit dem Klimaschutz nicht vereinbar ist und die Lebensqualität der Menschen in der Region verschlechtern wird. Das Kraftwerk ist dabei höchst ineffizient: Da die Abwärme des Kraftwerks nicht nennenswert genutzt wird, verpufft mehr Energie, als alle Saarländer zum Heizen benötigen. Wir appellieren heute an alle verantwortlichen Politiker, dem in Sonntagsreden so gerne propagierten Klimaschutz endlich Taten folgen zu lassen und das Klimakillerkraftwerk in Ensdorf zu verhindern“, so die Vertreter der Umweltverbände abschließend.

Joachim Götz/Christoph Hassel
BUND Saar

Christian Bersin
Energiewende Saarland

Kirstin Bettscheider
Greenpeace-Gruppe Saar

Uli Heintz
NABU Saarland

Hintergrundinfo

Die folgenden Argumente sprechen nach Meinung der vier im Aktionsbündnis vertretenen Verbände gegen das geplante Großkraftwerk in Ensdorf:

- Die bestehende hohe Belastung mit Schadstoffen, Schwermetallen (wie z.B. Quecksilber), Feinstaub usw. im Saartal und angrenzenden Gebieten wird noch weiter erhöht. Schwere Gesundheitsbeeinträchtigungen für die dort lebenden Menschen und insbesondere die am stärksten gefährdeten Kinder sind die Folge. Über 500 Ärzte haben deshalb eine Petition für den Verzicht des Kraftwerks unterschrieben. Das subjektive Bedrohungsempfinden und der psychologische Druck auf die Anwohner und Besucher sowie die Angst einer zusätzlichen Gesundheitsgefährdung sind in keinster Form berücksichtigt.
- Die Abwärmemenge, die das Kraftwerk an die Umgebung (Atmosphäre und Saar) freisetzen wird, entspricht der 1,5 fachen Menge der im Saarland insgesamt benötigten Heizenergie. Eine nennenswerte Nutzung von „Fernwärme“ kann in Ensdorf aus technischen und wirtschaftlichen Gründen nicht erfolgen. Das heute vorhandene Kraftwerk erzeugt bereits viel mehr Abwärme, als genutzt werden kann. Für zusätzliche Wärme gibt es schlicht keine Abnehmer.
- Das Kraftwerk setzt jedes Jahr die Menge an Kohlendioxid (CO₂) zusätzlich frei, die von über vier Millionen PKW produziert wird (8 Millionen Tonnen). Schwere Folgen für das Klima sind zu befürchten, der Klimawandel schreitet weiter voran. Das Erreichen der Klimaschutzziele in Deutschland wird damit verhindert, obwohl Deutschland in den kommenden Jahrzehnten seine Kohlenstoffdioxidemissionen drastisch reduzieren muss.
- Der Wirkungsgrad von 46 % liegt zwar höher als der Wirkungsgrad von alten Kraftwerken, aber deutlich unter dem technisch möglichen für reine Stromproduktion, wenn der Kohleverbrennung eine Kohlevergasung vorgeschaltet wäre. Gaskraftwerke (GuD) erreichen schon ohne Wärmenutzung einen Wirkungsgrad von 59 %!
- Kleine dezentrale Kohlekraftwerke können durch Nutzung ihrer Abwärme zu Heizzwecken (so genannte Kraft-Wärme-Kopplung, KWK) Gesamtwirkungsgrade von 75 % und mehr erreichen. Dabei sind vergleichbare Gaskraftwerke weniger klimaschädlich als Kohlekraftwerke. Volkswirtschaftlich und betriebswirtschaftlich sind solche Kraftwerke am sinnvollsten. Für Großkonzerne wie RWE sind solche Rechnungen jedoch uninteressant, weil viel Geld in den Ausbau des Wärmenetzes fließen müsste und deshalb die Eigenkapitalrendite den von RWE – Aktionären geforderten Wert 15 % nicht erreicht. Alle ernstzunehmenden Wissenschaftler und Volkswirtschaftler fordern hingegen schon lange von der Energiewirtschaft, sich mit ihren Kraftwerksstandorten nach dem Wärmebedarf auszurichten.
- Bis zu 300 Arbeitsplätze mögen zwar nach Angabe von RWE in Ensdorf geschaffen werden. Weit mehr Arbeitsplätze werden jedoch in kleineren Kraftwerken vernichtet, die – da der Gesamtbedarf an Strom nicht steigen wird – nicht mehr konkurrenzfähig sind, selbst wenn sie ökologisch z.B. durch KWK deutlich umweltfreundlicher sind bzw. es würden wesentlich mehr Arbeitsplätze bei einer Schaffung der geplanten Kapazität in dezentralen Standorten erreicht. –Auch die Nutzung von erneuerbaren Energien verspricht weitaus mehr Arbeitsplätze als ein Großkraftwerk, da es sich um kleine, dezentrale Anlagen handelt.
- Der ohnehin kaum vorhandene Wettbewerb auf dem Strommarkt wird durch Stärkung der großen vier (EON, RWE, Vattenfall, EnBW), die bereits heute 80 % der Stromerzeugung beherrschen, durch den Neubau weiterer Großkraftwerke geschwächt. Die Zeche zahlen alle Stromverbraucher, auch die Industrie, die über zu hohe Stromkosten klagt. Die Zerschlagung der großen vier durch Trennung von Netz und Erzeugung und Stärkung der Konkurrenten wäre hier betriebs-, volkswirtschaftlich und ökologisch dringend geboten.
- Die Landschaftsbildbeeinträchtigung und die visuelle Belastung durch 165 m hohe Kühltürme, Dunstwolken und massive Gebäudekörper sind enorm.
- Eine undemokratische Genehmigungspraxis ohne Raumordnungsverfahren, ohne Bebauungsplanverfahren und weitere erforderliche Umweltgesetzgebungsverfahren sind nicht vertrauensbildend sondern lassen auf unseriöse Klüngelpolitik schließen.
- Die bereits heute vor allem im Sommer stark erwärmte Saar, wird durch die zusätzliche Abwärme und Wasserentnahme noch stärker der Gefahr der Überhitzung und damit verbundenen großen Fischsterben ausgesetzt.
- Die Immobilienwerte in der Nachbarschaft des Kraftwerks werden bei der Realisierung deutlich sinken. Davor warnt der Verband der Immobilienbesitzer. Private Hausbesitzer zahlen die Zeche für die Extra-Gewinne von RWE.
- Nennenswerte Steuereinnahmen sind nicht zu erwarten



GREENPEACE

